

Laibacher Zeitung.



Nr. 49.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Donnerstag, 1. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr., bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1877.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom dem pensionirten k. k. Major Robert Büsch den Adelstand mit dem Prädikate „Tessenborn“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. Februar d. J. dem Vizepräsidenten des böhmischen Oberlandesgerichtes Ignaz Ritter v. Boreš an Anlaß seiner Veretzung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung, das Komthurkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. Februar d. J. dem Vorsteher der Genossenschaft der Gold-, Silber- und Juwelenarbeiter Johann N. Junghanns in Wien, in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen, gemeinnützigen Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Wien, 26. Februar.

Ausweis

über den Stand der Kinderpest in den im Reichsrathe vertretenen Ländern in der Zeit vom 19. bis 26. Februar 1877.

In der Zeit vom 19. bis 26. Februar d. J. ist in keinem Orte der im Reichsrathe vertretenen Länder die Kinderpest ausgebrochen.

Diese Länder erscheinen somit am 26. Februar d. J. als kinderpestfrei.

Zur Bankfrage.

Wien, 27. Februar.

Gestern fand in Wien unter dem Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers ein mehrstündiger gemeinsamer Ministerrath statt, an welchem die Minister Auerperg, Lasser, Pretis, Tisza, Szell, Wendheim und Trejort, sowie ein Ministerial-Sekretär des Ministerpräsidenten als Protokollführer theilnahmen. In dieser Konferenz erfolgte die definitive Annahme der vereinbarten Stipulationen und wurde ein diese Vereinbarungen genau umschreibendes Protokoll von den Vertretern beider Regierungen unterfertigt. Man kam überein, die Ausgleichsvorlagen womöglich noch vor den Osterferien in den beiden Parlamenten einzubringen. Sämmtliche in Wien

weilenden ungarischen Minister sind noch gestern abends nach Pest gereist. Finanzminister Szell kommt indes morgen wieder nach Wien, um gemeinsam mit dem österreichischen Finanzminister die offiziellen Verhandlungen mit der Nationalbank wegen Feststellung des neuen Bankstatuts einzuleiten. Wie gesagt, werden die offiziellen Verhandlungen mit der Bank über das Bankstatut erst jetzt beginnen, da die Vertreter der Nationalbank an den bisherigen Verhandlungen der beiden Regierungen nur gewissermaßen als Beirath theilgenommen haben.

Das österreichische Kabinett hat vorgestern dem Monarchen und dem ungarischen Ministerium Tisza gegenüber die Erklärung abgegeben, daß es für die Durchführung der Ausgleichstipulationen in ihrem vollen Umfange die parlamentarische Verantwortung übernehme, da ihm das Votum der verfassungstreuen Klubs genüge. Die Ausgleichs- und Banktrise ist damit beseitigt und die Parlamente erhalten nun das entscheidende Wort über die Vorlagen, welche ihnen in kürzester Zeit zugehen dürften.

Ueber die Form der Lösung, welche der hochwichtigen Bankfrage zutheil wurde, geht der „Budapester Korrespondenz“ vom 25. d. angeblich von kompetenter Seite folgende Mittheilung zu, die trotz der durch die Ereignisse theilweise bereits erfolgten Ueberholung für die Entwicklung der ganzen Angelegenheit nicht ohne Interesse ist. Die genannte Korrespondenz schreibt unter dem oben angeführten Datum:

„Ministerpräsident Fürst Auerperg wurde heute vormittags von Sr. Majestät dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Fürst Auerperg erstattete bei dieser Gelegenheit dem Monarchen die offizielle Anzeige, daß die gegenwärtige österreichische Regierung nach dem von der Verfassungspartei in der Konferenz gefaßten Beschlusse bereit und in der Lage sei, für den vollen Umfang und alle Details der mit den provisorischen ungarischen Regierungsmännern vereinbarten Bankstipulationen in jeder Hinsicht einzustehen und die parlamentarische Verantwortung zu übernehmen. Der hierauf in besonderer Audienz empfangene provisorische ungarische Ministerpräsident Tisza wurde von dieser Erklärung seitens Sr. Majestät unterrichtet. Der Monarch ordnete zugleich für 1 Uhr mittags eine gemeinsame Ministerkonferenz an.

In dieser unter dem Präsidium Seiner Majestät stattgefundenen kurzen Vorbesprechung, welcher die Minister Auerperg, Lasser und de Pretis, ferner die Herren Tisza, Szell und Wendheim beizwohnten, gaben die österreichischen Minister die Erklärung ab, daß sie für die vereinbarten Bankstipulationen, ausdrücklich mit inbegriffen die auf die Ernennung der Vizegouverneure bezügliche Abmachung, völlig einstehen und die hierauf bezüglichen Geheuvorlagen dem österreichischen Parlamente zu unterbreiten entschlossen sind.

Se. Majestät hat auf Grund dessen für morgen 12 Uhr mittags eine förmliche gemeinsame Ministerkonferenz anberaumt, in welcher unter Präsidium des Monarchen die an den Verhandlungen direkt theilnehmenden Minister ein die Ausgleichs- und namentlich die Bankvereinbarungen ganz genau umschreibendes Protokoll unterfertigen werden. Gleichzeitig wurde Herr v. Tisza heute nach der Konferenz von Sr. Majestät aufgefordert, nunmehr im Vereine mit den bisherigen Kollegen die Führung der Regierungsgeschäfte wieder zu übernehmen. Nach Annahme dieser Mission erfolgte unter heiligem Datum (25. Februar) die Neuernennung des ungarischen Kabinetts Tisza. Die übermorgige Nummer des „Budapester Közlöny“ wird die Ernennung bereits publizieren. Die hier weilenden ungarischen Minister — auch die heute nachmittags mittelst Kurierzuges aus Budapest hier angekommenen Minister Trejort und Bedekovics — begeben sich bestimmt morgen abends nach Budapest, um sich dem Abgeordnetenhaus Dienstag vorzustellen. Ministerpräsident Tisza wird bei dieser Gelegenheit über die Vorgänge und Ereignisse seit der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses Bericht erstatten. Die auf die endgiltige Textierung des Bankstatuts bezüglichen Verhandlungen werden später aufgenommen werden.“

Oesterreichischer Reichsrath.

240. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 27. Februar.

Laut einer an das Präsidium des Hauses gerichteten Zuschrift des Ministers des Innern hat das Gesetz, betreffend die Bewilligung unverzinslicher Darlehen aus Staatsmitteln zur Unterstützung einiger Gemeinden in Niederösterreich bei der Ausführung dringender öffentlicher Bauten, die Allerhöchste Sanction erhalten.

Der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser, beantwortet die Interpellation des Abg. Proskowetz, betreffend die Erlassung eines Veterinärgesetzes und die Errichtung eines eigenen Departements im Ministerium des Innern, dahin, daß die Verachung eines derartigen Gesetzes, wie bereits früher mitgetheilt, unter Zuziehung von Sachmännern bereits in Angriff genommen worden sei, daselbe der Schlußredaction unterzogen werden und womöglich noch im Laufe dieser Session vorgelegt werden wird.

Ferner beantwortet der Minister des Innern die Interpellation des Abg. Baron Tinti und Genossen wegen Absperrung der österreichischen Grenze gegen die Einfuhr von Schlachtvieh dahin, daß seitens der Statthalterei von Böhmen und des Landespräsidiums von Schlesien sofort nach der amtlichen Mittheilung über den Ausbruch der Kinderpest bei dem namentlich aus Rußisch-Polen eingeführten Rindvieh die im Gesetze vom

Feuilleton.

Die Krisis des St. Gotthard-Unternehmens.

Aus Bern bringt eine beunruhigende Nachricht in die Welt, welche nicht verfehlt wird, die technischen und kommerziellen Kreise Europa's lebhaft für sich zu interessieren. Das großartige und mit so kühnen Hoffnungen unternommene Bauprojekt einer Eisenbahn über den St. Gotthard droht seinem finanziellen Untergange entgegenzuweichen und steht, selbst im günstigsten Falle, vor einer schwer zu bewältigenden finanziellen Krise. Einem der „Pol. Corr.“ diesbezüglich von vorn 24. Februar entnommenen Bericht aus Bern stellt sich die Situation:

„Schon mit Beginn des verflossenen Jahres betrug das konstatirte Baudefizit des St. Gotthard-Unternehmens 102 Millionen Francs. Angesichts einer so enormen Ueberschreitung der ursprünglichen Voranschläge erklärte der schweizerische Bundesrath, daß das einzige mögliche Rettungsmittel für das Unternehmen die Annahme neuer Verhandlungen mit den theilnehmenden Staaten, d. i. mit Deutschland und Italien, behufs Mobilisation des internationalen Vertrages vom 15ten Oktober 1869 sei.

Um für dieselben eine Basis zu gewinnen, hielt es der Bundesrath für angezeigt, vor allem den beiden genannten Staaten den Vorschlag zu machen, eine internationale Expertenkommission zu bestellen, welcher dann

möglichst vollständige Materialien vorgelegt werden sollten.

In ihren fast gleichlautenden Antworten auf diesen Vorschlag erklärten die Regierungen von Deutschland und Italien, daß sie eine Betheiligung an der vorzunehmenden Untersuchung des neuen Bauprojektes und Kostenvoranschläges durch ihrerseits zu entsendende Techniker nicht für notwendig erachteten, daß sie vielmehr diese Untersuchung mit vollem Vertrauen der vom Bundesrath niederzusetzenden schweizerischen Expertenkommission überlassen und lediglich die Ergebnisse dieser Untersuchung und die auf dieselbe gestützten Vorschläge gewärtigen wollten, um sodann mit der Schweiz zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Es blieb also dem Bundesrath nur übrig, einer ausschließlich schweizerischen Expertenkommission die Untersuchung und Prüfung der von der Gotthard-Direction bereits eingelieferten oder noch zu liefernden Pläne und Kostenvoranschläge zu überweisen.

Diese aus den Obergeringenieuren der Gotthard-, der schweizerischen Nordost-, der schweizerischen Zentral-, der Jura-Bern-Luzern-Bahn und aus verschiedenen anderen Fachmännern zusammengesetzte Kommission hielt unter dem Vorsitze des Bundesrathes Schenk ihre erste Plenarsitzung am 31. Juli 1876 in Bern ab, worauf sie eine Subkommission wählte, welche von August bis November in verschiedenen, in Olten, Bern und Zürich abgehaltenen Sitzungen die ihr vorgelegten Fragen behandelte, die Bahnlinien bereifte und endlich in einer zweiten Plenarsitzung am 20., 21. und 22. November über die Resultate ihrer Arbeiten Bericht erstattete.

Die schweizerische Expertenkommission hat die finanzielle Frage unter drei verschiedenen Hypothesen ins Auge gefaßt:

1. Wenn das ganze projektierte Bahnnetz des Gotthard ausgeführt werden soll, so fehlen nach ihren Berechnungen noch rund 72 Millionen Francs;
2. werden gewisse Zufahrts- und Nebenlinien im Norden des Gotthard aufgegeben, so würde das Defizit rund 60 Millionen betragen;
3. verzichtet man außerdem auf die südwärts der Alpenkette liegende Bahnlinie Bellinzona-Pino, so bleiben noch beiläufig 54 Millionen zu decken.

Die Kommission glaubt nicht, daß man diese südliche Linie aufgeben sollte. Wenn die herzustellende Bahnstrecke mit 268 Kilometer angenommen wird, so berechnet die Kommission die jährliche Brutto-Einnahme zu rund 14 Millionen, denen beiläufig 7 Millionen an Betriebskosten entgegenstehen. Es bliebe daher ein Reinertrag von 7 Millionen für eine Bahn, die außer den 85 Millionen Staatsubvention noch ein Kapital von 174 Millionen beansprucht. Letzteres würde sich nur zu 4 Prozent verzinsen.

Die Protokolle über die Sitzungen der Plenarkommission und der Subkommission wurden vom Bundesrath mit einer Note vom 28. Dezember 1876 und der gleichzeitigen Einladung an die Regierungen Deutschlands und Italiens gerichtet, eine in Bern zusammentretende internationale Konferenz zu beschicken, welche den Stand des Gotthard-Unternehmens auf Grund der gemachten Expertise zu untersuchen hätte. Auf diese Einladung ist

Jahre 1868 vorgesehenen Verfügungen getroffen worden seien.

Zur Tagesordnung übergehend, wird das vom Herrenhause beschlossene Kuratorengeſetz über Antrag des Dr. Lienbacher dem Juſtizausschuſſe in erſter Beſetzung zugewieſen.

Der Antrag des Abg. Dr. Roſer und Genossen, betreffend die geſetzliche Regelung des Ratenbriefweſens, wird in erſter Beſetzung dem Juſtizausschuſſe zugewieſen.

Das Geſetz, betreffend die Eröffnung von Spezialkrediten für das Jahr 1877 zu Zwecken des Staats-eiſenbahnbaues, wird in dritter Beſetzung ohne Debatte angenommen.

Abg. v. Plener beſpricht mehrere Poſten der Regierungsvorlage, betreffend den Zentralrechnungsabſchluß für das Jahr 1874, in abſprechender Weiſe.

Finanzminiſter Freiherr Depretis bekämpft die Ausführungen des Vorredners und meint, daß bei einem Umſaße von 800 Millionen es ſchwer ſei, das Budget bis in die kleinſten Einzelheiten ſo feſtzuſtellen, daß ſich nicht nachträglich Abweichungen ergeben könnten.

Abg. Weiß von Starkenfels führt aus, daß es Pflicht der Regierung ſei, wenn ſie ſchon Auslagen ohne die verfaſſungsmäßige Zuſtimmung macht, wenigſtens bei Wiederzuſammentritt des Reichsrathes ſofort die Zuſtimmung deſſelben zu verlangen, was eben nicht geſchehen ſei.

Abg. Fux (Mähren) ſpricht gegen die Vorlage, ſtimmt den Ausführungen des Abg. v. Plener bei und wirft der Regierung vor, den conſtitutionellen Standpunkt nicht überall und ſtrikte zu wahren.

Abg. Dr. Giskra führt aus, daß jedenfalls malafides der Regierung bei den vorgenommenen Transactionen nicht vorgeworfen werden kann, macht aber das Haus darauf aufmerkſam, ſeine Rechte bezüglich der Bewilligung des Budgets ernſtlich und unter allen Umständen zu wahren.

Minister des Innern Freiherr v. Laſſer gibt ſachliche Erörterungen zu den vom Miniſterium im Jahre 1874 vorgenommenen Transactionen.

Nachdem noch Weiß von Starkenfels repliciert und der Berichtſtatter Dr. Brestl geſprochen, wird dem Antrage des Finanzausschuſſes gemäß der Rechnungsabſchluß pro 1874 angenommen.

Die nächſte Sitzung findet Freitag den 2. März ſtatt.

Die Armee-Reorganisation in Frankreich.

Den vor wenigen Tagen erfolgten großen Personalveränderungen im politiſchen Verwaltungsdienſte Frankreichs folgt ſieben ein zweites großes Projekt auf dem Fuße, welches beſtimmt iſt, einen weſentlichen Theil der im Werke begriffenen Reorganisation der franzöſiſchen Armee zu bilden. Es iſt dies ein Statut, das die völlige Neuorganisation des Generalſtabes bezweckt und ſchon inlünge der Gegenſtand parlamentariſcher Berathung werden dürfte. Der „Pol. Corr.“ ſchreibt man diesbezüglich unterm 24. d. M. aus Paris: „Am 23. d. legte General Pourcet der Senatskommiſſion ſeinen Bericht über den Geſekentwurf, betreffend den Generalſtabsdienſt, vor. Da der Bericht vorerſt nur unter die Kommiſſionsmitglieder vertheilt wurde, dürfte eine kurze Analyſe deſſelben umſo erwünſchter ſein, als er eine der meiſtbeſtrittenen Fragen unſerer Militärorganisation behandelt.“

Der Berichtſtatter erinnert daran, daß das Generalſtabscorps, wie es jetzt noch beſteht, durch eine vom Marſchall Souvion-Saint-Cyr verfaßte königliche Ordon-

nanz vom 6. Mai 1818 organiſiert wurde. Schon im Jahre 1822 wollte der Herzog von Belluno Organisationsänderungen vornehmen, die aber ebenſo wie alle bis zum Jahre 1870 vorgeſchlagenen Projekte zurückgewieſen wurden. Heute iſt man darüber einig, eine Reorganisation des Generalſtabscorps vorzunehmen, doch fragt es ſich nun, in welcher Weiſe? Es liegen zwei Systeme vor. Das eine behält den gegenwärtig beſtehenden Körper bei und will nur die wahrgenommenen Mängel beſeitigen. Das andere hingegen, welches vom Kriegsminiſter beſürwortet wird und das auch die Armee-kommiſſion der Nationalverſammlung genehmigt hat, hebt den jetzt beſtehenden Generalſtabskörper auf und überträgt deſſen Agenden auf Offiziere aller Waffengattungen.

Die Senatskommiſſion hat ſich vorerſt folgende Frage geſtellt: Macht die gegenwärtige Organisation des Generalſtabes Reformen nothwendig, und wenn ja, von welcher Tragweite müſſen dieſelben ſein? Wenn die Kommiſſion auch der Ergebenheit und der Intelligenz der Offiziere des Generalſtabes Anerkennung zollte, konſtatirte ſie jedoch, daß das Corps als ſolches nicht immer das leiſtete, was man von ihm zu erwarten das Recht hatte, und daß die Generale gegenwärtig für ihren Beruf nicht die genügende Vorbereitung haben. Die Kommiſſion erkannte es daher für nothwendig, daß man die hervorragendſten Offiziere aller Waffengattungen berufen müſſe, um ſich höhere militäriſche Kenntniſſe anzueignen und dieſelben in den verſchiedenen Functionen des Kommandos auszuüben, ſo daß jeder einen höheren Grad anſtrebende Offizier die Obliegenheiten eines Generalſtabsoffiziers erfüllt haben muß. Die Kommiſſion erwartet von dieſer Maßnahme eine Beſſerung des Abancementverhältniſſes im Generalſtabe, in welchem man gegenwärtig durchſchnittlich 23 Jahre als Kapitän zubringt.

Der Berichtſtatter entwickelt ſodann alle Vortheile dieſer Organisation und widerlegt die Einwendung, daß der Dienſt während der Umſtaltungsperiode desorganisiert werden würde, damit, daß dieſe Umgeſtaltung nur allmählig vor ſich gehen werde und daß für den Fall eines Krieges der Kriegsminiſter das Recht haben ſolle, das ganze gegenwärtige Perſonale zum Generalſtabsdienſte einzuberufen. Nach dieſen Betrachtungen ſchritt General Pourcet zum Expoſé über die 41 Artikel dieſes Geſekentwurfes.

Nach demſelben wird der gegenwärtige Generalſtab aufgelöſt und durch einen Generalſtabsdienſt, der den Offizieren aller Waffengattungen zugänglich iſt, erſetzt. Dieſer Dienſt erſtreckt ſich auf:

1.) Im Frieden: die Organisation und Mobilisierung der Armee; die Vorbereitung militäriſcher Operationen; die Generaldirection des Armee-Unterrichtes und der Militärſchulen; den Eiſenbahn-, Telegraſen- und Etappen-dienſt; die Ausführung von Truppenbewegungen; den Truppentransport mittelſt Eiſenbahn und zu Waſſer; das Studium der fremden Armeen; die militäriſchen Miſſionen; die geognoſtiſchen, topograſiſchen und kartograſiſchen Arbeiten für Frankreich und das Ausland; die Militärſtatistik; die geſchichtliche Darſtellung militäriſcher Operationen und die Archive.

2.) Im Kriege: außer den oben angeführten Agenden noch auf den Kundſchafter- und Nachrichten-dienſt und den Raſſen- und Poſtdienſt.

Es wird ſodann ein großer Generalſtab eingefeſt, welcher umfaßt: Den Generalſtabsdienſt, die Militärſchulen und das General-Kriegsdepot.

Ein Comité des Generalſtabes hat ſich mit allen den Generalſtabsdienſt betreffenden Angelegenheiten zu

beſaſſen und beſteht aus dem Chef des Generalſtabes der Armee, vier von verſchiedenen Waffen entnommenen Diviſions-Generalen, dem Sous-Chef des Generalſtabes der Armee, dem General-Direktor des General-Kriegsdepots und einem Oberſt oder Oberſtlientenant und einem Eskadrons-Chef als Sekretäre.

Eine im Kriegsminiſterium zu errichtende Zentral-kommiſſion zur Leitung des höheren geograſiſchen Unterrichtes wird aus Generalen der Land- und Seemacht, aus Mitgliedern des geograſiſchen Inſtituts und Beamten des Kriegsminiſteriums zuſammengeſetzt werden.

Das Perſonale des Generalſtabes wird in zwei Sectionen, und zwar in die militäriſche und geograſiſche Section getheilt. Ueberdies iſt den beiden Sectionen noch ein entſprechendes Kanzlei-perſonale beigegeben.

Die Cadres ſind in folgender Weiſe formiert: Militäriſche Abtheilung: 20 Oberſte, 25 Oberſtlientenanten, 90 Eskadronscheſe, 160 Kapitäne. Geograſiſche Abtheilung: 3 Oberſte, 4 Oberſtlientenanten, 9 Eskadronscheſe und 18 Kapitäne. Auf den erſten Augenblick erſcheinen die Cadres beträchtlich reducirt, aus den Erklärungen des Berichtſtatters geht aber hervor, daß die Offiziere jeder Bureauthätigkeit emhoben wurden und daß ſie überdies von den Hauptleuten, welche ihre Probezeit durchmachen und die zwei Prüfungen der höheren Schule ablegen, unterſtützt werden.

In dieſe militäriſche Schule können Kapitäne und jene Lieutenants, welche bereits vier Jahre ihre Charge beſtanden, eintreten. Nach einer zweijährigen Studienzeit müſſen die Hörer, um das Stabsoffiziers-Patent zu erlangen, eine Prüfung ablegen; die höheren Offiziere müſſen ſich gleichfalls dieſer Prüfung unterziehen. Für die Lieutenants und Unterlieutenants wurde ſpeziell ein Vorbereitungskurs errichtet. Die patentierten Kapitäne müſſen probeweife durch ein Jahr bei beiden ihnen fremden Waffen der Armee dienen. Das Geniecorps wird der Infanterie zugetheilt. Nach dieſer Zeit werden ſie beim Generalſtabe eines Armee- und Diviſionscorps und dann ein weiteres Jahr im großen Generalſtabe verwendet.

Die folgenden Artikel behandeln die Stellung der Adjutanten und Ordonnanz-Offiziere, die Abancement-Vorſchriften, das Sekretariat des Generalſtabes und die Archiv-Offiziere. Endlich werden noch Beſtimmungen getroffen, um den Uebergang vom heutigen Stande zu der durch das Geſek geſchaffenen Situation zu vermitteln; gleichzeitig wird die Auflöſung der Generalſtabſchule vom 1. Jänner 1878 an beſchloſſen.“

Politische Ueberſicht.

Salbach, 28. Februar.

Die neuernannte ungarische Regierung hat ſich geſtern in Peſt den beiden Häuſern des Reichstages vorgeſtellt. Miniſterpräſident Tisza gab zunächſt nach Beſetzung des Handſchreibens über die Neubildung des Miniſterbinetts Ausführungen über den Verlauf der Miniſterkriſe und erklärte den vereinbarten Ausgleich auch die materiellen Interellen Ungarns für vorteilhaft, wenngleich auch den Interellen Deſterreichs große Beſon-derheiten gemacht wurden. Die Regierung übernahm die Verantwortung für die Ausgleichsvorlagen, welche binnen kurzem eingebracht werden. Sennoch berichtete Tisza, er habe, zur Kabinettbildung berufen, erklärt, daß die Zahl ſeiner Gefinnungsgenossen im Hauſe nur gering ſei. Maßgebend für ihn war jedoch der Umſtand, daß er für die bereits erfolgten Vereinbarungen nicht die Verantwortung übernehmen könne. Er lege das Geſamte Gewicht auf das Zollbündnis, vermag jedoch für die Fort-

ſeitens der beiden Regierungen noch keine Antwort erfolgt, obgleich bereits geraume Zeit ſeit Abgang der bundesrätlichen Note verſtrichen iſt. Wol hat die italieniſche Regierung eine Spezialkommiſſion eingefeſt, welcher ſämmtliche auf den Gotthard bezüglichen Vorſtudien der ſchweizeriſchen Expertenkommiſſion überwieſen worden ſind. Das Gutachten der Spezialkommiſſion wird ſodann mit deren eventuellen Anträgen erſt dem italieniſchen Parlamente vorgelegt werden müſſen, was natürlich Zeit erheiſcht.

Da der deutſche Reichstag ſich mit der Gotthardbahn-Frage beſchäftigen ſoll, ſo hätte der Bundesrath ſehr gewünscht, daß die internationale Expertenkommiſſion noch im Jänner zuſammengetreten wäre, damit ihre Anträge dem deutſchen Parlament in der bevorſtehenden Seſſion hätten vorgelegt werden können. Aber ungeachtet der Bemühungen des neuen ſchweizeriſchen Geſandten, Herrn Roth, iſt biſher in Berlin nichts in dieſer Richtung erreicht worden, und es herrſcht daher noch völlige Ungewißheit über den muthmaßlichen Zeitpunkt der Eröffnung der internationalen Expertenkommiſſion.

Und doch drängt die Zeit mächtig, denn die Kriſis der Gotthardbahn wird mit jedem Tage acuter, und wenn nicht bald Hilfe gebracht wird, ſo ſtürzt das ganze Unternehmen in ſich zuſammen. Die Gotthard-Aktien werden zwar noch in den Böſezetteln notiert, ſind aber eigentlich ganz unterkäuflich. Die zu 97 emittierten Obligationen, welche vor einem Jahre noch 78 werth waren, ſind auf 53 gefallen. Auf dieſe Obligationen ſollen noch 20 Millionen Francs eingezahlt werden, allein wenn die ſubventionierenden Staaten nicht in irgend einer

Weiſe dem Unternehmen unter die Arme greifen, ſo werden die bezüglich ſchweizeriſchen, italieniſchen und deutſchen Syndicate, welche jene Obligationen übernommen, ſich vorauſichtlich weigern, darauf weitere Einzahlungen zu leiſten. Von den unglücklichen Aktienbeſitzern, welche noch 13 1/2 Millionen auf ihre nunmehr ganz werthloſen Papiere ſchulden, iſt ohnehin nichts mehr zu erwarten. Es bleiben dann nur die Beiträge der Staaten, Kantone und Eiſenbahngesellſchaften; aber erſtens genügen dieſe Beiträge nicht, um den Bau weiter zu führen, und dann dürften ſich auch unter dieſen ſubventionierenden Faktoren vielfache Weigerungen ergeben, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, da dadurch der hereinbrechende Ruin nicht abgewendet werden könnte.

Unter ſo bewandten Umſtänden müſſen bereits die meiſten Arbeiten an den Zufahrtslinien fiſtiert oder doch verzögert werden. Nur die Bohrung des großen Gotthard-Tunnels ſchreitet regelmäßig fort und hat nahe an 8 Kilometer, alſo über die Hälfte der ganzen Tunnelſlänge erreicht. Indeffen trat auch hier vor kurzem eine Kriſis ein, denn der Unternehmer Herr Favre, der ſchon lange mit der Gotthard-Gesellſchaft in Hader lebt und gegen dieſelbe einen Prozeß vor dem Bundesgerichte führt, drohte die Mehrzahl ſeiner Arbeiter zu entlaſſen und die Bohrung einzustellen, wenn er nicht für ſeine beträchtlichen Geldvorräthe ſichergeſtellt werde. Erſt nach langwierigen Unterhandlungen gelang es dem Bundesrath, zwiſchen Herrn Favre und der Geſellſchaft, auf Grund der Wiedererſtattung einer Summe von anderthalb Millionen auf die von ihm hinterlegte Caution, eine Verſtändigung herbeizuführen, wodurch der Fort-

gang der Tunnelarbeiten wenigſtens bis zum künftigen Herſt geſichert erſcheint.

Dieſer Incidenzfall, welcher hier viel Staub aufgewirbelt hat, beweist, auf wie ſchwachem Boden das ganze Unternehmen gegenwärtig ruht. Es blickt groß-alle Interellierten, und ihre Zahl iſt hier ſehr groß — denn es ſcheint, daß ſo ziemlich alle Aktien und Obligationen nach der Schweiz zurückgeſtrömt ſind und ſich daſelbſt in feſten Händen befinden, — mit ſehr großer Nach der internationalen Kommiſſion, als dem einzigen Rettungsanker aus der drohenden Gefahr.

Aber die Hoffnungen, welche ſich an den Zutritt der Vertreter der Subventionsſtaaten knüpfen, dürften ſich nach der Anſicht Eingeweihter ſchwerlich erfüllen. Denn wenn auch inſolge der letzten Gotthard-Expertiſe das Baudefizit von 102 auf 72 oder ſelbſt auf 60 oder 54 Millionen herabgemindert werden könnte, ſo iſt doch nicht wol einzusehen, wie dieſe noch immer enorme Summe aufgebracht werden ſoll. Daß die Subventionsſtaaten, welche bereits 85 Millionen geliefert, zu weiteren großen Opfern verſtehen werden, iſt nicht anzunehmen. Die Nachrichten, die man biſher aus Deutschland und Italien erhalten, lauten in dieſer Hinſicht durchaus nicht ermutigend.

Es iſt daher mehr als wahrſcheinlich, daß die internationale Kommiſſion nur zuſammengetreten wird, um den Bankrott der gegenwärtigen Gotthard-Gesellſchaft zu konſtatieren und auf Mittel und Wege zu ſinnen, um auf den Trümmern dieſer Geſellſchaft eine neue Unternehmung aufzubauen.“

theile desselben in den Errungenschaften bezüglich der Bankfrage keine Compensation zu erblicken. In Anbetracht der Lage war die Aufnahme neuer Verhandlungen unthunlich.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat vorgestern die Vorlage, betreffend die Uebernahme der Zinsengarantie für die Prioritätenanleihe der Berlin-Dresdener Bahn, in zweiter Lesung nach langer Debatte und bei namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 182 Stimmen angenommen. Der Finanzminister v. Camphausen hatte vor der Abstimmung das Gerücht, daß zwei Minister aus der Vorlage die Kabinettsfrage machen wollten, als falsch bezeichnet und hinzugefügt, die Kabinettsfrage werde nicht gestellt werden, weil das Votum sich auf die verschiedensten Motive stütze. Wenn man aber wolle, daß die Minister ihre früheren Grundsätze verleugnen sollten, so stelle er seinerseits die Kabinettsfrage. Der Handelsminister schloß sich dieser Erklärung für seine Person an.

Der französische Senat hat darauf verzichtet, wegen der Vorträge des Pater Hyacinthe eine Interpellation an die Regierung zu richten, nachdem eine offiziöse Erklärung erörtert, daß es sich in diesen Vorträgen nicht um religiöse, sondern nur um moralische und sozial-wirtschaftliche Fragen handeln werde.

Das englische Oberhaus lehnte die bekannte Resolution Strathedens ab, welche Maßnahmen zur Sicherung der Verträge von 1856 verlangt. — Im Unterhause kündigte Disraeli an, er werde heute fragen, ob die Regierung in Konstantinopel Geschäftsträger belassen oder einen Botschafter wieder zu installieren gedenke. Kenedy wird am 5. März eine Resolution zugunsten der Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei beantragen.

Vom portugiesischen Hofe kommt die Meldung, daß heuer daselbst die Hoffeste ganz unterbleiben, um die Ausgaben den Ueberschwemmungen zukommen zu lassen. Der König hat die am meisten von der Ueberschwemmung des Tago und Guadiana heimgesuchten Orte selbst besucht und Hilfe gespendet und die Königin hat sich selbst an die Spitze einer Subscription für die Ueberschwemmten gestellt.

Aus Rußland wird gemeldet, daß man dort nunmehr die Zeit für gekommen erachtet, die bei den Mächten noch ausstehende Antwort auf die Gortschakoff'sche Depesche in ruhiger, aber entschiedener Weise mit dem Bemerkten in Erinnerung zu bringen, daß ein längeres Zuwarten und eine längere Unthätigkeit für Rußland unmöglich sei. Eine diesbezügliche Anfrage ist angeht, wenn nicht bereits von Petersburg ergangen, so mindestens unmittelbar bevorstehend.

Der rumänische Unterrichtsminister legte dem Senate einen Entwurf, betreffend die Errichtung einer theologischen und medizinischen Fakultät der Universität in Jassy, vor. Auf eine Interpellation des Senators Deschlin verweigerte der Minister die Aktienvorlage über die rumänische Neutralität.

Während aus Konstantinopel gemeldet wird, daß heute oder morgen das Protokoll über den Abschluß des Friedens unterzeichnet werden soll, kommt aus Belgrad die unerwartete Nachricht, daß die große Skupschtina sich für die Fortsetzung des Krieges erklären werde. Dann würden also die zwischen dem Fürsten Milan und der Pforte vereinbarten Friedensstipulationen von der großen Skupschtina verworfen werden. Das Ministerium Ristić hätte da ein doppeltes Spiel gespielt, denn dasselbe verfügt in der großen Skupschtina über die Majorität. Die nächsten Stunden müssen die Aufklärung bringen, welche in der Thronrede des Fürsten Milan zu suchen sein wird.

Der Bizekönig von Egypten hat dem Sultan neuerdings eine bedeutende Quantität Kriegsmunition zum Geschenke gemacht.

Der Schah von Persien hat die Ausfuhr der Seidenwürmer-Eier aus seinen Staaten verboten.

Präsident Grant äußerte in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der „Associated Press“, er glaube, die Wahl seines Nachfolgers könne verkündet werden, bevor seine Präsidentschaft endige. Die Regierungen der Südstaaten würden, wenn sie sich nicht aus eigener Kraft zu behaupten vermöchten, andeuten Plaz machen müssen; er glaube, die Bevölkerung sei es müde, Regierungen nur durch Militärgewalt zu stützen.

Porfirio Diaz wurde zum Präsidenten der Republik Mexiko gewählt.

Tagesneuigkeiten.

(Ein neueres Palais in Wien.) Es dürfte interessant sein, zu erfahren, daß in der Stadt Wien eine Realität existiert, für welche die Gemeinde die Steuern zu entrichten hat — und diese Realität ist das Palais Auersperg im Bezirk Josefstadt, an der Laßensstraße, der Familie Karl Vinzenz Auersperg gehörig. Im Jahre 1708 benötigte die damals selbständige Gemeinde Josefstadt sehr dringend einige Gulden, um einer an dieselbe gestellten Anforderung genügen zu können. Der Gemeindefiskus war aber leer. Da der Gemeinde der Einkommen der Fürsten Auersperg darum anzuhängen, „da die Gemeinde das hohe Glück genießt, einen so reichthümlichen Kavalier in ihrem Burgfrieden verehren zu dürfen.“ Der Fürst Karl Vinzenz scheint jedoch unter anderem

auch ein guter Rechenmeister gewesen zu sein und ein Mann von profitemmendem Blick. „Gut“, sagte er zu der demüthig vor ihm stehenden Gemeindevorstellung, „ich bezahle für mein Palais an Grund- und Gebäudesteuer einen Betrag von zehn Gulden W. W. Ich will Euch das Kapital dafür geben und Ihr verschreibt mir die Versicherung, daß mein Palais auf ewige Zeiten steuerfrei ist, d. h. daß Ihr als Gemeinde aus den Interessen der Euch dargeliehenen Kapitalsumme auf ewige Zeiten fort die Haus- und Grundsteuer zahlen wolle!“ Niemand war glücklicher als die damaligen Vertreter der Gemeinde Josefstadt. Sie sagten freudig zu und unterschrieben und zahlten — wol recht bald höhere Steuern, als die Interessen vom dargeliehenen Kapitale ausmachten. Heute, wo die Josefstadt nicht mehr selbständig ist, muß die Großkommune Wien diese Steuern bezahlen.

(Der Ritt durch die Donau.) Aus Pest wird vom 25. d. M. berichtet: „Heute hat Herr von Zubovics seinen Ritt durch die Donau vollzogen. Es hatte sich an der Donau eine Menschenmenge von vielleicht 30,000 Personen eingefunden. Der Kommission des Honvedministeriums, deren Präses Oberst wachmeister Dörny war, hatten sich auch der Honvedminister von Szendrö, der Adjutant des Honved-Oberkommandanten FML. Baron Graf, Oberst Fegervary, Oberstleutnant Gorinyal und mehrere andere Offiziere angeschlossen. Herr v. Zubovics hatte sich für den Ritt in Zigil gekleidet, trug graue polnische Pumphosen in Reispiefeln, eine Weste und einen kurzen Jagdrock. Gegen die Kälte und Nässe waren keinerlei Vorbereitungen getroffen worden. Das Pferd, daselbst, das er jüngst benötigte, wurde mit Pritsche ohne Bügel gefastet, die Schwimmflößen wurden ihm aufgeschnaht und Zubovics bestieg das Roß, um sich, da der Abstieg nicht sehr vorthellhaft war, durch ein Boot vom Linienfahrts-Lieutenant Kemmel etwa 15 Klafter weit remorquieren zu lassen. Der Braun ging ruhig und vorsichtig ins Wasser, dessen Temperatur heute zwei Grad über Null hatte. Nachdem eine Strecke von beiläufig 15 Klaftern zurückgelegt war, zog Linienfahrts-Lieutenant Kemmel die Leine ein und das Pferd schwamm ruhig durch den Strom. Schon war beiläufig die Hälfte der Donaubreite zurückgelegt, als eine Sturzwellen für eine Sekunde Roß und Reiter unsichtbar machte, doch fast im selben Momente sah man auch schon wieder den Reiter ruhig vorwärts steuern. Als bereits mehr als zwei Drittel Breite des Stromes durchschwommen waren, war die Besorgnis, welche man unwillkürlich für den fähnen Reiter gehegt, gewichen; aus tausend und aber tausend Reihen von beiden Ufern her und vom Schiffe und aus den Fenstern erschollen laute Elfenrufe, die Damen winkten mit den Fächern, die Herren mit den Hüten und diese Kundgebungen nahmen noch zu, als Zubovics durch lebhaftes Hutschwenken und das Roß dabei nur um so energischer steuernd, die Acclamationen erwiderte. Jetzt war die ganze Strecke, etwa 360 bis 370 Klafter, durchschwommen; Kapitän Kemmel warf dem höchsten 5 bis 6 Klafter vom Ufer entfernten Reiter eine Leine zu, und Zubovics flog unterhalb des Hofpalais, 8¹/₂ Minuten, nachdem er das Ufer verlassen, aus Pester Ufer, eine Leistung, die bis zur Stunde wol die erste und einzige in ihrer Art ist und deren Bedeutung gewinnt, wenn man die bereits erwähnten Witterungs- und Temperaturverhältnisse in Betracht zieht. Die Kommission und mit dieser FML. Baron Graf begaben sich zu Zubovics ins Hotel, um ihn zu beglückwünschen. Das Pferd wurde um halb 3 Uhr im Stalle in vollkommen guter Condition befunden, die Gliedmaßen waren bis hinab zu den Hufen schon trocken und warm, und das Pferd zeigte gute Erholung.“

(Neue Moden.) Aus einer der jüngsten Festlichkeiten bei dem Präsidenten der franz. Republik hatten einige tonangebende Damen von anerkannt distinguiertem Geschmack dem Panger-Balet gesagt, und wieder einmal, wie früher, fiel die Robe in leichten, weiligen Falten herab, nicht ohne das reizende Füßchen in der eleganten Chausure frei zu lassen. Man fand das sehr hübsch und — der Kürz wird bald zu den übrigen gelegt sein. Außerdem ist die wichtige Thatsache zu signalisieren, daß man in Paris es jetzt für die Herrenwelt für „chic“ hält, auf Ballen und in Gesellschaften keine Uhr zu tragen, angeblich, weil es unhöflich sei, überhaupt daran zu erinnern, daß man sich selber möglicherweise der Zeit erinnern könne. Auf dem letzten Opernhalle hatte sich denn auch bereits das elegante Publikum dem neuen Erfordernis der Mode gefügt und Uhr und Kette zu Hause gelassen — zum großen Aerger der geübten Herren Diebe.

(Was ist der Mensch?) Die Egypter nannten den Menschen ein redendes Thier; Moses nennt ihn ein Ebenbild Gottes; Aeschylus ein Tagesgeschöpf, den Erdensohn; Sophokles ein Bild; Platon den Herrn alles Guten; Sokrates einen kleinen Gott; Pindar den Traum eines Schattens; Homer und Ossian ein hinfälliges Baumblatt; Job den Sohn vom Staube; Philemon den Anlaß zum Elend; Herodot das Elend selbst; Cicero das vernünftige Thier; Plato Gottes mitwirkendes Werkzeug; Paracelsus den Typus aller Thiere; Schleiermacher den Erdgeist; Jean Paul einen Halbgott; Schiller den Herrn der Natur; Goethe den kleinen Gott der Welt.

Lokales.

(Handelskammer Sitzung.) Morgen um 5 Uhr nachmittags findet im k. k. Magistrate'saale eine öffentliche Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Krain statt. Die Tagesordnung derselben besteht aus nachstehenden Punkten: 1.) Vorlage des Sitzungsprotokolls vom 16. Jänner 1877; 2.) Geschäftsbericht; 3.) Bericht der ersten Section, betreffend die Revision des Hauspatentes; 4.) Berichte der dritten Section: a) über die Marktkonzeptionsgesuche der Stadtgemeinde Ischerno und der Ortsgemeinde St. Veit bei Sittich, b) über die Zuschrift der Omlager-Kammer, betreffend die Petition um Aufhebung der Mauthen; 5.) Wahl eines Mitgliedes in die österreichische Zentralkommission für die Weltausstellung in Paris; 6.) Anfallige sonstige Anträge.

(Krainische Gekompiegengesellschaft.) Die Abschlüsse über die Geschäftsabrechnung der krainischen Gekompiegengesellschaft dürften demnächst publiziert werden und soll die Bilanz, wie man uns versichert, einen Gewinn aufweisen, welcher einer nahezu 11proz. Verzinsung des Aktienkapitals entspricht, ein Resultat, welches gewiß für die umsichtige und vorsichtige Leitung der Gesellschaft das beste Zeugnis ablegt.

(Benefizianze.) Zum Vortheile der Schauspielerin Frau Friederike Ströhl, die sich im Laufe der Saison in ihren zahlreichen Verwendungen stets als eine fleißige und routinierte Kraft bewährte und speziell im Familien-Lustspiele mitunter ganz vortreffliche Figuren schuf, gehen morgen, den 2. d. M., nachstehende drei Piecen in Szene: „Eine kleine Erzählung ohne Namen“, Lustspiel in 1 Akt von Görner; „Beders Geschichte“, Operette in 1 Akt, und „Die sieben Schwaben auf der Hasenjagd“, komische Geschichte in 8 lebenden Bildern, Musik nach schwäbischen Volksmelodien vom Kapellmeister Kaufmann.

(Fleischtarif für den Monat März.) Das Kilogramm bester Qualität von Maffschon kostet 48 kr., mittlerer Qualität 40 kr., geringster Qualität 32 kr.; von Röhren und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 42, 34 und 26 kr.

(Der Einfluß der Quecksilberdämpfe in Idria.) Zur Beleuchtung der in letzter Zeit wiederholt aus Idria eingegangenen Beschwerden über die verberblichen Einwirkungen der dortigen ärarischen Quecksilber-Brennösen auf das vegetabilische und animalische Leben hat das Ackerbauministerium im Verein mit dem Ministerium des Innern die Vorname eingehender Erhebungen angeordnet. Dieselben finden im Mai d. J. statt, und werden hierzu Experte aus den wissenschaftlichen Kreisen, insbesondere Professoren der technischen Hochschule zugezogen werden.

(Diebe als Brandstifter.) In der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. zwischen 12 und 1 Uhr brach in der Dreschlenne des Grundbesizers Martin Kollenz von Mitterteufenthal im Rudolfsmerther Bezirke Feuer aus, welches diese Dreschlenne sammt den darin befindlich gewesenen 25 Merling Getreide und 70 Zentnern Hen und Stroh, sowie eine daneben gestandene Harpe vollständig vernichtete. Der durch das Feuer angerichtete Schaden beträgt circa 950 fl. und ist bei der Grazer Versicherungsgesellschaft bis zum Betrage von 350 fl. affektuiert. Wie vermutet wird, dürfte das Feuer durch Diebe verursacht worden sein, die in derselben Nacht in die Dreschlenne eingebrachen waren und daselbst wahrscheinlich durch unvorsichtiges Hantieren mit Licht den Brand herbeigeführt hatten.

(Die vorgestrige Mondesfinsternis.) wird allgemein als ein in ihrem Verlaufe höchst interessantes und gelungenes Naturphänomen bezeichnet. Ein sachmänniger Beobachter schildert dieselbe in der „N. fr. Pr.“ in nachstehender Weise: „Anfänglich hinderten zwar am Horizonte gelagerte Wolkenmassen, die erste Berührung des Kernschattens, die nach der Rechnung um 6 Uhr 35 Minuten mittlerer Wiener Zeit stattfand, direkt wahrnehmen zu können, doch schon um 6 Uhr 40 Minuten bot der Himmel den Anblick einer völlig klaren Winternacht. Um 7 Uhr 33 Minuten hatte sich der Kernschatten über die ganze Mondscheibe hinübergeschoben; dieselbe war an der Lichtgrenze grünlich gefärbt, während die weiter ab von der Lichtgrenze befindlichen Partien der Mondoberfläche in dunklem Kupferroth leuchtend erschienen. Dieses rothe Licht des Mondes während einer totalen Mondesfinsternis ist eine fast konstante Erscheinung und wird aus dem Umfande erklärt, daß die am Rande der Erde vorbeigefesteten Strahlen der Sonne in der Atmosphäre eine Brechung gegen den Schattenkegel hin erfahren und infolge des Wasser gehalten derselben eine röhliche Tinte erhalten. Daß diese Erklärung der Hauptsache nach richtig sein muß, sah man bei der heutigen Finsternis recht deutlich: Der Rand der Mondscheibe erschien zur Zeit der Mitte der Totalität (8 Uhr 21 Min.) lichter, während sich die Mitte der Mondscheibe, die im innersten Theile des Kernschattens war, viel dunkler zeigte; hätte der Mond eine eigene gleichmäßige Lichtentwicklung, so müßte aus bekannten optischen Gründen die Scheibe gleichmäßig hell erscheinen. Auffallend hell schienen selbst in den dunkelsten Partien einige Mondkrater hervorzuleuchten; besonders wäre in dieser Beziehung der Mondkrater Herkules zu nennen; dieser Umstand erklärt sich aber zugunsten aus der größeren Reflexionsfähigkeit der betreffenden Mondgegenden und hat seinerzeit zur Annahme der nunmehr mythisch gewordenen thätigen Vulkanen auf dem Mond Veranlassung gegeben. Gegen 9 Uhr zeigte sich schon ganz deutlich, daß die Totalität zu Ende ging, und in der That konnte man schon um 9 Uhr 9 Minuten wahrnehmen, daß die Sonne für die östlichen Theile der Mondscheibe zu scheinen anfang; somit war die totale Finsternis um diese Zeit als beendet anzusehen. Um 10 Uhr 6 Minuten verließ der Kernschatten die Mondscheibe, und eine ruhige Färbung an einer Stelle des Mondrandes, die beiläufig 70 Grade westlich vom Nordpunkte des Mondes lag, zeigte nur noch das Vorhandensein der dunkleren Theile des Halbschattens an.“

(Zur Warnung.) Ueber die Schädlichkeit von häufig gebrauchten Gummigegegenständen veröffentlicht die Blätter soeben nachstehende Warnung: „Wiederholt wurde schon auf die Schädlichkeit von Gummigegegenständen aus Kautschuk, welche nicht rein sind, hingewiesen. Namentlich kommen solche Gegenstände mit Zinkoxyd vermischt zur Anwendung, die dann in Form von Spielwaren (Thiere, Puppen etc.), ja selbst als Gummisauger für Kinder-Milchsaugflaschen in aller Händen sich befinden. Häufig genug sind schon Kinder dadurch krank geworden, daß sie betarigtes Spielzeug längere Zeit im Munde gehabt hatten. Ein neuerdings eingetretener Krankheitsfall veranlaßt jüngst den Chemiker Tollens, ein solches Spielzeug aus etwaigen Zinkgehalt zu prüfen. Er fand in der That nicht weniger als 60-58 Prozent Zinkoxyd. Eine andere Puppe, welche Tollens von einer Braunschweiger Handlung bezog und auf spezielle Bestellung als un-

jährlich bezieht, gab 57-68 Prozent Wöhe, die zum größten Theil aus Zinkoxyd bestand.

(Eine Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie) von ihren ersten Anfängen bis zum Ausgange der jüngsten Ausgleichsverhandlungen erscheint soeben von Moritz Smets im Hartleben'schen Verlage und verspricht ihrem Prospekt zufolge, der der heutigen „Laibacher Zeitung“ beiliegt, ein Volksbuch im guten Sinne des Wortes zu werden. Das Werk, welches in 16-17 Lieferungen von je drei Bogen Groß-Vergil-Format zum Preise von 30 Kr. erscheint, ist in fünf Bücher eingetheilt. Das erste Buch enthält die „Vorgeschichte der Länder unserer heutigen Monarchie“ bis zum Entstehen nationaler und christlicher Reiche (476 bis Ende des 10. Jahrhunderts); das zweite die „Geschichte Deutsch-Österreichs, Böhmens und Ungarns“ (vom Beginn des 11. Jahrhunderts bis 1526); das dritte die „Geschichte des Ländergebietes der habsburgischen Hausmacht“ (1526-1804); das vierte die „Geschichte des österreichischen Kaiserthums“ (1804-1867); das fünfte die „Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie“ (1867-1877). Verfasser und Verleger wollen für pünktliches Erscheinen der Lieferungen sorgen; letzterer verspricht überdies den Werth dieses patriotischen Werkes durch eine schöne Ausstattung, sowie durch 12 künstlerisch ausgeführte Geschichtsbilder, von denen uns die beiden ersten gelungenen Proben bereits vorliegen, zu erhöhen und dasselbe auch äußerlich zu einer Zierde jeder Bibliothek zu gestalten.

Literarisches.

„Philosophisches Staatsrecht von Dr. Ludwig Gumplowicz.“ Wien bei Manz 1877, 195 Seiten, Großoktav.

(G.) Der bisher mit keiner größeren Arbeit hervorgetretene Privatdozent der Grazer Hochschule Dr. Ludwig Gumplowicz hat das vorstehend angeführte Werk als systematische Darstellung für Studierende und Gebildete erscheinen lassen. Gumplowicz ist Anhänger der jetzt besonders hervortretenden Schule der Realisten, zu welcher der mehr bekannte philosophische Schriftsteller Kirchmann als einer der Hauptvertreter gebührt. Daß diese Schule, wie nahezu jede philosophische Schule, in ihrem Systeme oder in ihren Lehren einiges Richtige geltend macht, ist nicht zu leugnen, allein es würde uns zu weit führen und kann auch nicht Zweck dieser Zeilen sein, eine Darstellung der Grundsätze des Realismus zu geben oder dieselben zu bekämpfen. Wir wenden uns dem vorliegenden Werke zu, welches wir als Arbeit eines unserer Vaterland Angehörigen begrüßen, dessen Lehren wir jedoch nicht bestimmen können. Wir wollen, soweit es in wenigen Zeilen geschehen kann, einiges aus dem Gedankengange der Lehren, wie sie uns Gumplowicz vorführt, bieten.

Wissenschaft ist den Realisten ein Begreifen und Durchdringen einer Summe empirischer Thatfachen und Erforschen der in denselben waltenden Gesetze; daher auch die Staatswissenschaft nur die Vergangenheit, die fertigen Erscheinungen, nicht das noch unfertig Werden in den Kreis der Darstellung zieht. Ideen seien die Stückenpferde der Nichtrealisten, durch welche die ganze Weltanschauung, einer subjektiven Anschauung folgend, gefälscht und auf einer solchen ganz subjektiven Idee ein System aufgebaut wird. Nicht Prinzipie stelle die Wissenschaft auf, sondern sie decke die Gesetze der Erscheinungen auf. Dieser nur Thatfachen kennenden Auffassung entsprechend ist auch der Staat „die naturwüchsige Organisation der Herrschaft von Menschen über Menschen zum Wohle der Menschheit.“ Gumplowicz bekämpft ziemlich heftig, allein nicht eben mit glücklichem Erfolge, die Gegner der realistischen Richtung. Es wird nemlich immer nur Widerstreben erwecken, den Staat als reines Produkt der Gewalt der Stärkeren über die Schwächeren und trotzdem als zum Wohle der Menschheit bestehend anzusehen. Interessant und neuartig sind die Auffassungen Gumplowicz' hinsichtlich der Begriffe Staat, Volk (in einen Staat geeinte Stämme) und Nation, die jedoch wol noch bei weitem nicht so sicher und unanfechtbar sind, wie sie der Verfasser hinstellt, der sich da in scharfen Gegensatz gegen die bisherigen Anschauungen stellt. Bedeutsamerwerth ist das Kapitel über das Recht der Nationalität, obwohl auch da immer der rothe Faden der „Machtfrage“ sich durchzieht. Einen bedeutenden Abschnitt widmet der Verfasser natürlich dem Begriffe der Gesellschaft, einer Frage, die gerade zur Zeit Gegenstand der widerstreitenden Ansichten und Bestrebungen ist; jedoch können die Ausführungen uns nicht befriedigen. Von allgemeinem Interesse sind auch die Kapitel über den modernen Kulturstaat, über Selbstverwaltung, Repräsentativverfassung und Wahlrecht, obwohl wir auch da wieder manchen bedenklichen Satz finden, der freilich dem Systeme des Verfassers entspricht, jedoch auf Giltigkeit nicht Anspruch machen darf; wir meinen hier insbesondere die Ausführungen über Trennung der Justiz und Verwaltung, welche der Verfasser nur als Folge der Ueberbürdung der Organe, nicht aber als eine absolute Nothwendigkeit darzustellen sich bemüht. Ein ebenso bedenklicher Satz ist die Behauptung, der einzelne Volksvertreter könne nie ein ganzes Volk repräsentieren, sondern nur ein einzelnes Klasseninteresse. Den Beweis für seine Behauptung ist uns Gumplowicz schuldig geblieben.

Daß der ganzen Auffassung entsprechend, Sittlichkeit und Recht nur als „Gewohnheit“ anerkannt werden, daß die natürliche Kraft der Gewohnheit die bestehenden Zustände als die sittlichen und rechtlichen schaffe und als solche erscheinen lasse, ist begreiflich, und bestreitet der Verfasser von seinem Standpunkte den Satz, die Idee des Rechtes und der Sitte sei dem Menschen an-

geboren. Es würde uns zu weit führen, dem Verfasser in allem zu folgen und entgegen zu setzen, dem Zwecke dieser Zeilen nicht. Wir empfehlen das Werk zwar insofern, als es den großen Vorzug der Verständlichkeit vor den meisten philosophischen Werken hat, bei deren Studium man sich oft nicht des Gedankens erwehren kann, die dunkle Darstellung sei ein getrenntes Bild der unklaren Auffassung des Schriftstellers. Allein gerade für jene, denen der Verfasser das Werk bestimmt hat, erscheint es uns bedenklich, weil dadurch Ideen gefördert werden, deren Richtigkeit wol sehr zweifelhaft ist, die sie aber auch nicht gehörig anzuschreiben vermögen. Einiges müssen wir übrigens an der Darstellung selbst tadeln, und zwar den oft etwas burlesken (venia sit verbo) Ton, in den der Verfasser bei Bekämpfung seiner Gegner verfällt; wir verweisen insbesondere auf Seite 121 und mehrere Stellen des dritten Buches.

Deffentlicher Dank.

Der löbliche Sparcassverein hat in der am 19. Februar abgehaltenen Generalversammlung für Unterstützung armer Schulkinder an der Rudolfswerther Knabenvolkschule den namhaften Betrag von einhundert Gulden votiert, für welche edelmüthige Spende dem löblichen Vereine der wärmste Dank ausgesprochen wird.

Rudolfswerth am 25. Februar 1877.

Die Schulleitung.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 28. Februar. Die „Politische Korrespondenz“ meldet telegraphisch aus Petersburg: Ignatieff reist demnächst nach Wien, Berlin und Paris.

Ein Belgrader Telegramm der „Politischen Korrespondenz“ besagt: „Der rasche Schluß der Skupschina nach Annahme der Friedensbasis war ein Gebot politischer Nothwendigkeit, um etwaige, für das Land und die Regierung verhängnisvolle Extravaganzen hintanzuhalten. In den letzten Tagen wurden mehrere Sozialisten verhaftet.“

Konstantinopel, 28. Februar. Der Minister des Aeußern verständigte gestern neuerdings die Vertreter der Porte im Auslande, daß alle in den ausländischen Blättern fortwährend umlaufenden Gerüchte von Krankheit des Sultans, bevorstehendem Wechsel des Großveziers und unruhiger Haltung der Bevölkerung Konstantinopels vollkommen unbegründet seien.

Budapest, 27. Februar. In der heutigen Konferenz der liberalen Partei wurde auf Antrag Tisza's beschlossen, die Diskussion des Ausgleiches bis zur Vorlage der bezüglichen Gegengewürfe zu verschieben.

Peft, 27. Februar. (N. W. Tgbl.) Der „Lloyd“ schreibt, das russische Dementi der Meldung von der bevorstehenden Ueberschreitung des Pruth finde wenig Glauben. Alle Maßregeln für die Ueberschreitung seien schon getroffen.

London, 27. Februar. Die „Times“ melden in einer Depesche aus St. Petersburg, daß am 26. d. M. eine außerordentliche Sitzung des Ministerrathes unter dem Vorsitze des Kaisers stattfand, bei welcher auch General Ignatieff zugegen war. Wie versichert wird, sei beschlossen worden, die Armee zu demobilisieren, sobald der Friede zwischen der Türkei und Serbien und Montenegro unterzeichnet ist. „Reuters Office“ erhielt dagegen authentische Nachrichten, welche die obige Meldung der „Times“ durchaus nicht bestätigen.

Brüssel, 27. Februar. (N. fr. Pr.) Ein Pariser Brief der „Indépendance“ meldet: Amale zeigte in einer intimen Soirée die für den April anberaumte Vermählung des Königs von Spanien mit der Tochter Montpensiers an.

Belgrad, 27. Februar. (N. W. Tgbl.) Die Verhaftungen wegen politischer Umtriebe dauern fort. Man spricht von nicht weniger als 200 Inhaftierten, sowie auch von Ausweisung fremder Agenten, angeblich ungarischer Nationalität. Man ist angeblich einem gegen die Regierung und den Fürsten gerichteten Komplott auf die Spur gekommen. Uebrigens wird die ganze Sache sehr geheimnißvoll behandelt, und es fanden die Verhaftungen bisher nur nachts statt.

Pera, 27. Februar. (N. fr. Pr.) Die Verhandlungen mit Serbien wurden unter Notenaustausch

wieder aufgenommen. Die Pforte ließ die Forderung, einen Agenten in Belgrad zu installieren, gegen den Verzicht Serbiens auf Zivornik fallen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 28. Februar.

Papier = Rente 62 35. — Silber = Rente 67 35. — Gold = Rente 74. — 1860er Staats-Anlehen 108 50. — Bank-Aktien 831. — Kredit-Aktien 149 70. — London 124. — Silber 113 50. — R. t. Münz = Dukaten 5 88. — Napoleons'or 9 91 1/2. — 100 Reichsmark 60 90.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 28. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 21 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Witt. n. Maß.	Witt. n. Maß.		Witt. n. Maß.	Witt. n. Maß.
	fl. kr.	fl. kr.		fl. kr.	fl. kr.
Weizen pr. Hektolit.	10 28 11 8		Butter pr. Kilo	84	—
Korn	6 50 7 20		Eier pr. Stück	2	—
Gerste	5 30 5 90		Milch pr. Liter	7	—
Hafer	3 90 4 33		Rindfleisch pr. Kilo	48	—
Halbfrucht	—	7 65	Kalbsteisch	60	—
Heiden	5 85 6 87		Schweinefleisch	32	—
Hirse	5 36 6 13		Schöpfenfleisch	70	—
Aufbruch	5 60 6 44		Hühner pr. Stück	16	—
Erbsen 100 Kilo	4 47		Tauben	3 15	—
Linse Hektoliter	13	—	Heu 100 Kilo	3 5	—
Erbsen	12	—	Stroh	—	—
Hilfen	8	—	Holz, hart, pr. vier	8	—
Rindschmalz Kilo	93	—	„ Meter	5	—
Schweineschmalz	85	—	„ weiches	24	—
Speck, frisch	66	—	Wein, roth, 100 Lit.	—	—
„ geräuchert	75	—	„ weißer, „	—	—

Angekommene Fremde.

Am 28. Februar.

Hotel Stadt Wien. Slatinsek, Geistlicher, Triest. — Tani und Bengraf, Räte; Käs, Wien. — Jonte, Perz und Gutier, Gottschee. — Dabovich, Fiume.
Hotel Elephant. Golob, Rudolfswerth. — Wislat, Piarer, und Kolar, Kooperator, Krain. — Kapajne, Handelsmann, Idria. — Watonig, Vintai. — Kulawosky, Professor, Krainburg.
Vairischer Hof. Lutmeser, k. k. Vermessungsbeamter, Varenza. — Rabert, Gendarm, Innsbruck. — Kocijancic, Serwola. — Batovec, Materija.
Möhren. Mitavec, Begunje. — Biro, Belbes.

Theater.

Heute: Abschiedsvorstellung des kaiserlich russischen Hofchauspieler Herrn Stanislaus Laffer: Der Königinleutnant. Lustspiel in 4 Aufzügen von C. Gaylow.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Temperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Wetter
27.	7 U. Mg.	727.05	- 4.6	ND.	schwach	fast heiter
28.	2 „ N.	729.15	+ 1.6	SD.	schwach	bewölkt
	9 „ Ab.	730.98	- 5.6	ND.	schwach	bewölkt

Morgens heiter, nach 8 Uhr Schneefall, den ganzen Vormittag anhaltend; nachmittags trübe; herrliches Abendroth. Das Tagesmittel der Temperatur - 2.9°, um 4.3° unter dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Dankagung.

Für die zahlreiche Theilnahme an dem Leichenbegängnisse unseres vielgeliebten Gatten, beziehungsweise Vaters und Großvaters, des Herrn

Michael Smolé

sagen wir allen hiesigen und auswärtigen Freunden und Bekannten, den k. k. Herren Beamten, dem löblichen k. k. Offizierscorps und dem löblichen Männerchor der filharmonischen Gesellschaft unseren tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Börsenbericht.

Wien, 27. Februar. (1 Uhr.) Die hervortretendste Erscheinung des Tages ist die Bewilligung eines enormen Deport für Kreditactien anlässlich der Ultimo-Regulierung auf fremden Plätzen. Die Stimmung der Börse war ziemlich fest, der Verkehr ohne größeren Belang.

	Geld	Ware
Papierrente	62 20	62 50
Silberrente	67 20	67 30
Goldrente	73 90	74 —
Loft, 1839	284 —	285 —
„ 1854	106 —	106 50
„ 1860	108 90	109 15
„ 1860 (Räntel)	117 50	118 —
„ 1864	133 50	133 75
ung. Prämien-Anl.	70 25	70 50
Kreditb.	161 75	162 25
Rudolfsb.	13 50	14 —
Brämenanlehen der Stadt Wien	94 —	94 25
Donau-Regulierungs-Lose	102 60	102 90
Domänen-Pfandbriefe	143 75	144 25
Österreichische Schatzscheine	98 —	99 20
ung. Eisenbahn-Anl.	98 25	98 75
ung. Schatzbons vom 3. 1874	96 75	97 50
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien in B. B.	94 75	95 25

	Geld	Ware
Siebenbürgen	71 25	71 60
Temeser Banat	72 —	72 40
Ungarn	74 25	74 75

Actien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-östr. Bank	70 —	70 10
Kreditanstalt	149 —	149 20
Depositenbank	127 —	128 —
Kreditanstalt, ungar.	122 50	123 —
Gesamte-Anstalt	670 —	680 —
Nationalbank	830 —	832 —
Österr. Bankgesellschaft	—	—
Unionbank	50 50	50 75
Verkehrsbank	79 60	80 —
Wiener Bankverein	52 50	53 —

Actien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alföld-Bahn	—	—
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	342 —	344 —
Elisabeth-Westbahn	131 —	132 —
Ferdinands-Nordbahn	1800 —	1805 —

	Geld	Ware
Franz-Joseph-Bahn	117 50	118 —
Österr. Karl-Ludwig-Bahn	210 25	210 75
Kafkan-Oberberger Bahn	84 —	85 —
Lemberg-Cernowitzer Bahn	112 —	112 50
Lloyd-Gesellschaft	331 —	333 —
Österr. Nordwestbahn	111 —	112 —
Rudolfs-Bahn	104 —	104 50
Staatsbahn	226 —	227 —
Südbahn	77 —	77 25
Therz-Bahn	159 —	160 —
ungar.-galiz. Verbindungsbahn	78 —	79 —
ungarische Nordostbahn	91 50	92 —
Wiener Tramway-Gesellschaft	97 —	97 50

Pfandbriefe.

	Geld	Ware
Ang. öst. Bodenkreditanst. (i. Gold)	105 50	106 —
„ (i. B. = B.)	89 25	89 50
Nationalbank	96 35	96 50
ung. Bodenkredit-Institut (B. = B.)	87 75	88 —

Prioritäts-Obligationen.

	Geld	Ware
Elisabeth-B. 1. Em.	90 50	91 —
Ferd.-Nordb. in Silber	105 60	105 90
Franz-Joseph-Bahn	90 —	90 25

Geldsorten.

	Geld	Ware
Dukaten	5 fl. 92	fr. 5 fl. 93
Napoleons'or	9 „ 96 1/2	„ 9 „ 97
Deutsche Reichsbanknoten	61 „ 15	„ 61 „ 20
Silbergulden	113 „ 80	„ 114 „

Krainische Grundentlastungs-Obligationen. Privatnotierung: Geld 90 —, Ware 70 —.

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62 35 bis 62 50. Silberrente 67 20 bis 67 30. Goldrente 73 95 bis 74 —. London 124 40 bis 124 75. Napoleons 9 96 bis 9 96 1/2. Silber 113 80 bis 114 —.